

Unsoziale Rezession

VON PETER SCHALLENBERG

Kein Zweifel besteht mehr, dass die deutsche Wirtschaft in eine deutliche Rezession rutscht, deutlicher als vergleichbare andere Volkswirtschaften in Europa. Das liegt an der deutschen Sucht zur ideologischen Perfektion, besonders im Feld grüner Klimapolitik. Und das ist schlecht für unseren hoch entwickelten Sozialstaat, der von Produktion und Konsum und Export lebt, und dadurch Steuern einnimmt und Sozialleistungen erbringt und Umverteilung ermöglicht. Denn unser Sozialstaat kontinentaleuropäischer Prägung setzt nicht einfach eine liberale Marktwirtschaft voraus, sondern bewusst eine Soziale Marktwirtschaft, mit bewusst groß geschriebenem Adjektiv. Das heißt: zu den drei Säulen jeder Marktwirtschaft – Wettbewerb, Privateigentum und Haftung – kommt der Wille des Individuums zu Risikokapitalinvestition hinzu, das heißt die Bereitschaft, Gewinn zu erzielen im Risiko des Verlusts und im Bewusstsein, vom Staat einen guten Teil des Gewinns weggesteuert zu bekommen zu Gunsten der schwächeren Bürger im Staat. Bildung und Gesundheit werden so finanziert, aber auch Rüstung für den Verteidigungsfall, und öffentliche Infrastruktur. All das regnet nicht vom guten Himmel, sondern wird erwirtschaftet.

Und hier liegt der soziale Hase nun im Pfeffer der Rezession: Wenn die Wirtschaftsleistung weniger wächst oder gar schrumpft, erhält der Staat weniger Einnahmen und muss mehr Schulden machen. Dabei ist unsere derzeitige Rezession nicht so sehr dem einbrechenden Export geschuldet, sondern viel mehr der zurückgehenden Binnennachfrage der privaten Bürger. Das liegt nicht so sehr am zurückgehenden Kauf von Wurst oder Wolljacken, mehr aber an einem insgesamt wachsenden Klima der Unsicherheit im Blick auf private Investitionen.

Deutlich wird das beim Bauen: Wer baut in Zeiten eines unüberlegten und hastig zusammengeschusterten Heizungsgesetzes? Wer konsumiert in größerem Umfang angesichts horrender energetischer Kosten, die der Staat vorschreibt, um in einem einigermaßen irrwitzigen Tempo die Klimawende zu schaffen, bei der viele kleinere Eigentümer auf der Strecke bleiben? Und hinzu kommt verschärfend der Mangel an Fachkräften und die zunehmende massive Belastung des Staates durch den immer weiter ansteigenden Zuschuss aus Steuergeldern zur Rentenversicherung, nicht zuletzt hervorgerufen durch gut gemeinte, aber fragwürdige Aktionen wie die Rente ab 62. All dies lähmt Konsum und Investition und Produktion des Mittelstandes. Von dort aber, und nicht aus den Ministerien kommt das Geld zur Erhaltung des Sozialstaates, und nicht zuletzt zur Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen und verteidigungsbereiten Bundeswehr. Auch das Sondervermögen fällt nicht vom Himmel. So wichtig die Klimapolitik ist: Das verunglückte Heizungsgesetz muss eigentümerfreundlich und zeitlich gestreckt gänzlich überarbeitet werden. Und auf Dauer wird die Rente ab 70 der Normalfall werden. Nur wirtschaftsfreundlicher Realismus und Förderung privater Investitionen – auch privaten Profitstrebens – schützt vor dauerhafter Rezession in ideologischen Wolkenkuckucksheimen! Es sei denn, man entscheidet sich, Geld einfach zu drucken...



Der Autor ist Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ.

Foto: KNA